

# Kali + Salz: Hier steht alles drin

Akten liegen aus: Konzern hält an zweiter Halde und anderen umstrittenen Punkten fest / „Setzen trotzdem Maßstäbe“

VON TAREK ABU AJAMIEH

**GIESEN/KREIS HILDESHEIM.** Zweiter Kaliberg, alte Kalibahn, Entlüftung bei Ahrbergen: Der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) hält bei seinem Antrag zur Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen in allen strittigen Punkten an seinen bisherigen Plänen fest. Allerdings nimmt er für sich in Anspruch, in einigen Bereichen „neue Maßstäbe“ zu setzen, gerade im Bereich des Wasser-schutzes. Seit gestern liegen die Akten mit den Antragsunterlagen in sechs Rathäusern der Region öffentlich aus, viele Bürger nutzen bereits die erste Gelegenheit, in den insgesamt 56 Ordnern zu stöbern. 2021 könnte das Bergwerk wieder in Betrieb gehen, K+S geht von 500 bis 700 Arbeitsplätzen und Investitionen im dreistelligen Millionen-Bereich aus.

Michael Wudonig, Sprecher des Kasselers Unternehmens, berief sich gestern auf Anfrage vor allem auf die „Landesplanerische Feststellung“. Die hatte der Landkreis Hildesheim im sogenannten Raumordnungsverfahren getroffen, der Vorstufe des jetzt geplanten konkreten Genehmigungsverfahrens. Die Pläne etwa zu Halde, Bahn und Nutzung der einzelnen Schächte entsprechen den Ergebnissen dieses ersten Verfahrens. Es habe zwar viele neue Vorschläge gegeben, die K+S auch intensiv geprüft habe. „Allerdings haben sich daraus keine vorteilhafteren Varianten ergeben“, sagt Wudonig. Deshalb sei das „prinzipiell bekannte Konzept auch die favorisierte Alternative im Antrag“.

Ein Beispiel aus den Unterlagen ist die Frage, wo künftig die Bahnverbindung zwischen dem Werk am Schacht Siegfried-Giesen und der Bahnlinie Lehrte-Hildesheim verlaufen soll. K+S setzt auf die bestehenden Gleise, auf denen bis 1987 schon die Kalibahnen rollten. Viele Ahrberger sind dagegen, weil zwischenzeitlich Wohnhäuser entlang der Strecke entstanden sind.

Die Bürgerinitiative Giesen-Schacht hatte deshalb drei Alternativ-Routen weiter entfernt vom Dorf vorgeschlagen. K+S erklärt, sie alle untersucht zu haben. Zu viel Flächenverbrauch, eine Umsiedlung der Biogasanlage, eine teilweise zu hohe Neigung der Strecke, keine Chance auf Erwerb der nötigen Flächen – gegen jede Variante nennt der Konzern Totschlag-Argumente. Ebenso gegen Überlegungen, die Bahn gar nicht in Richtung Harsum rollen zu



Seit gestern sind die Akten mit den Antragsunterlagen in sechs Rathäusern öffentlich einsehbar.

Foto: Chris Gossmann

lassen, sondern in Richtung Emmerke/Himmelstür, Rössing oder Sarstedt auf den dortigen Bahnschienen. Harsum ist vor allem deshalb das Ziel, weil die Gleise schon liegen und weil K+S sich die Option offenhalten will, den dortigen Hafen am Stichkanal wieder zu nutzen.

Wudonig betonte allerdings, K+S gehe in einigen Bereichen deutlich über seine gesetzlichen Verpflichtungen hi-

aus. Beim Lärmschutz an der Bahn in Ahrbergen, beim Monitoring von Bodenschüttungen durch Sprengungen unter Tage sowie bei einem Kataster für mögliche Gebäudeschäden – wobei Letzteres nicht der Forderung von Anliegern nach einer neutralen Schiedsstelle für „Bergschäden“ entspricht.

Wudonig betont, der Konzern habe in vier Jahren „ein Konzept entwickelt, das größtmögliche Rücksicht auf die Belange der Menschen und des Umweltschutzes nimmt“. Ein Beispiel sei die Nutzung der Ressourcen – rund 40 Prozent dessen, was das Unternehmen bei Giesen aus der Erde holen wolle, würden auch tatsächlich genutzt. Normalerweise sei der Anteil der Rückstände an der Gesamtproduktion höher. Ohne zweiten Kaliberg gehe es trotzdem nicht, doch auch die geplante Flachhalde, die im laufenden Betrieb mit Erde abgedeckt werden solle, setze Maßstäbe. Denn sie führe dazu, dass weit weniger versalztes Wasser vom Kaliberg in den Boden gelangt. Allerdings ist K+S ohnehin verpflichtet, nicht mehr Salzabwasser entstehen zu lassen, als es durch den ersten Kaliberg schon gibt.

Der Forderung, die Frist für die öffentliche Auslegung (vier Wochen) und Einwendungen (weitere zwei Wochen)

zu verlängern, steht K+S nach eigenen Angaben offen gegenüber, „obwohl schon viel Grundwissen da sein dürfte“. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften, das das jetzige

Genehmigungsverfahren führt, hält die Fristen für gesetzlich festgelegt und nicht veränderbar, die Landesregierung äußerte sich gestern zu einer Anfrage dieser Zeitung noch nicht.

## Die Auslegung

Vom 9. März bis zum 8. April liegen die Antrags-Unterlagen von Kali + Salz in mehreren Rathäusern der Region öffentlich aus. Die Zeiten in der Übersicht: Giesen – montags, dienstags und freitags jeweils von 9 bis 12 Uhr sowie donnerstags von 15 bis 18 Uhr sowie außerhalb dieser Zeiten nach Vereinbarung. Kontakt unter Telefon 0 51 21/ 93 10 10 oder per E-Mail an Kai.Niemetz@giesen.de.Hildesheim – Montag bis Freitag 8.30 bis 12 Uhr, Montag bis Mittwoch zusätzlich 13.30 bis 16.30 Uhr und Donnerstag zusätzlich von 13.30 bis 17.30 Uhr. Sarstedt – Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr sowie zusätzlich Dienstag

14.30 bis 16 Uhr und Donnerstag 14.30 bis 18 Uhr. Harsum – Montag von 8.30 bis 12 Uhr und 14 bis 18 Uhr, Mittwoch bis Freitag 8.30 bis 12 Uhr und Donnerstag zusätzlich 14 bis 17 Uhr. Nordstemmen – Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag 9 bis 12 Uhr, Dienstag und Donnerstag zudem 15 bis 18 Uhr. Algermissen – Montag bis Freitag von 8.30 bis 12 Uhr sowie zusätzlich Montag und Dienstag von 14 bis 16 Uhr sowie Donnerstag von 14 bis 18 Uhr. Auf der Homepage des LBEG (www.lbeg.niedersachsen.de) sind sie während der Frist allerdings rund um die Uhr abrufbar. *abu*

## Länger lesen lassen

### KOMMENTAR

VON TAREK ABU AJAMIEH



Gesetze sind dazu da, um eingehalten zu werden, sicher. Schließlich bilden sie das Gerüst der Gesellschaft. Dennoch ist es ein Fehler, beim Giesener Kaliabbau sklavisch an vier Wochen öffentlicher Auslegung und zwei Wochen für Einwendungen festzuhalten. Beim größten Bergbau-Projekt in der Geschichte Niedersachsens, wie das Land selbst das Vorhaben tituliert, dürfen nicht die gleichen Maßstäbe gelten wie beim Bau von fünf neuen Häusern irgendwo am Dorfrand. 56 Aktenordner voller Fachbegriffe – das ist eine ganz andere Dimension. Um sich da-

zu eine Meinung zu bilden und die dann auch zu formulieren, brauchen berufstätige Bürger einfach mehr Zeit. Oder sie müssen auf eigene Kosten einen Fachmann verpflichten, der das für sie übernimmt. Das ist aber auch nicht Sinn der öffentlichen Auslegung. Und bei einem Jahrhundert-Vorhaben wie der Wiederbelebung des Giesener Bergwerks darf es auf einen Monat nicht ankommen. Selbst K+S sieht das offenbar so. Also muss eine Ausnahme-Regelung her, um den Anliegern mehr Zeit fürs Aktenstudium zu geben. Sonst verkommt die viel zitierte Bürgerbeteiligung zum Feigenblatt – ausgerechnet bei einem Megaprojekt, dessen Auswirkungen – positive wie negative – auf Jahrzehnte in der Region spürbar sein werden.